

Rede von Christian Felber
am 26. Oktober 2009
im besetzten Audimax der Universität Wien

Grüß Euch,

ihr seid mutig
ihr seid politisch
ihr zeigt demokratische Verantwortung:

Attac erklärt sich mit Euch solidarisch!

Der Staat hat 100 Milliarden für die Banken. Ohne demokratische Diskussion. Freihändig.
Für die Universitäten hat er keine 3 Milliarden.

Es ist ein Skandal, dass die Regierung für die Finanzierung der Banken und großer Industriebetriebe bereit ist, den Staat in mehrstelliger Milliardenhöhe zu verschulden – und gleichzeitig nicht bereit ist, für die allerwichtigste Zukunftsinvestition, die Bildung auch nur einen Bruchteil dieser Beträge als Schulden aufzunehmen oder Steuern einzuhoben – bei der Bildung spart die Regierung und knausert und hungert aus.

Für die Studiengebühren waren die längste Zeit 150 Millionen angeblich nicht vorhanden. Auch heute zahlt ein Teil der Studierenden immer noch Studiengebühren.

Es ist ein Skandal, dass der Staat die Finanzierung der Banken 40mal wichtiger einstuft als die Finanzierung der Hochschul-Bildung.

Das Aushungern der öffentlichen Bildung ist kein Naturgesetz.
Während in Österreich das Hochschulbudget etwa 1% des BIP ausmacht, liegt es in Finnland und Schweden bei knapp 2%, und in Kanada nahe 2,5 %.

Es wäre also nur das Aufschließen zu mit Österreich vergleichbaren Ländern, wenn das Hochschulbudget in den nächsten Jahren verdoppelt würde.

Derzeit kosten die Hochschulen in Österreich jährlich 2,7 Milliarden Euro. Das ist ein Klacks gemessen am vorhandenen Reichtum in diesem Land. Die Finanzvermögen der privaten Haushalte belaufen sich auf 415 Milliarden Euro (Quelle: OeNB), und hier ist das Unternehmensvermögen und das Immobilienvermögen noch nicht eingerechnet.
(Die genauen Quellenangaben der meisten Zahlen finden sich in Christian Felber: „Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise“, vor kurzem erschienen bei Deuticke.)

Eine geringfügige Besteuerung dieser Vermögen könnte alle Finanzierungsprobleme im Bildungssektor beheben – ohne neue Schulden.

Josef Pröll hat in seiner Rede „Projekt Österreich“ vor zwei Wochen wörtlich gesagt:
„Wir brauchen keine neuen Steuern.“

Während er ohne mit der Wimper zu zucken Schulden in mehrstelliger Milliardenhöhe macht, die nur und ausschließlich durch Steuern zukünftiger und gegenwärtiger Generationen zurückgezahlt werden können, weigert er sich strikt, neue Steuern zu erheben.

Das gegenwärtige Steueraufkommen reicht aber nicht aus, um die Schulden zurückzuzahlen.
Was ist die logische und zwingende Konsequenz?

Die Regierung wird die staatlichen Leistungen empfindlich weiter einschränken.
Sie wird beim Bildungssystem sparen.
Sie wird beim Gesundheitsversorgung sparen.
Sie wird die Pensionen weiter kürzen.
Sie wird die ÖBB an Finanzinvestoren verkaufen und die Post und den ORF.
Raiffeisen reibt sich schon die Hände. Und andere strategische und Finanzinvestoren.

Und danach folgen vielleicht die Schulen und Universitäten, und dann macht es sich bezahlt, wenn die Privaten die Studiengebühren nur erhöhen oder verallgemeinern, aber nicht mehr einführen müssen.
„Wehret den Anfängen“ heißt, die Universitäten als öffentliches Gut frei und für alle zugänglich zu halten.

Die Regierung hat anderes vor, wie alle Regierungen in der EU und der Welthandelsorganisation WTO. Sie wollen die Bildung liberalisieren und die Bildungseinrichtungen zu Unternehmen umformen, die sich auf dem globalen Markt konkurrenzieren sollen. „Liberalisierung“ heißt Herstellung eines Marktes. Bildung wird zur Ware und Universitäten zu Unternehmen, die nach Wettbewerbsfähigkeit und Gewinn streben müssen.

Diese Strategie ist schon in einem anderen Sektor katastrophal schief gegangen: Bei den Banken. Auch sie wurden via Liberalisierung in einen EU-Binnen- und dann in den globalen Markt getrieben, und das Ergebnis ist die Krise, in der wir sitzen.

Banken sollten aber, ähnlich wie Universitäten, nicht nach Gewinn streben und einander konkurrenzieren, sondern der Wirtschaft und Gesellschaft dienen. Sie sollen nicht gewinnorientiert sein und von uns, dem demokratischen Souverän, organisiert und kontrolliert werden.

Wenn die Universitäten und Schulen liberalisiert, in Unternehmen verwandelt und auf den freien Markt geschickt werden, wird das Ergebnis ähnlich katastrophal ausfallen wie jetzt bei den Banken.

Die Regierung geht noch einen Schritt weiter:

Finanzminister und Vizekanzler Josef Pröll spricht in seiner Rede wörtlich, dass er Österreich „wie ein Unternehmen im globalen Wettbewerb“ versteht.

Das ist zunächst ein Skandal an sich, **weil der Staat kein Unternehmen ist.**

Der Staat ist oder sollte zumindest sein Instrument und Ausdruck des Gemeinwillens. Ein typisches mittelständisches Unternehmen ist nicht demokratisch organisiert. Der Vizekanzler will mit seiner Metapher für den Staat die Demokratie durch die Hintertür entsorgen, und es folgt kein medialer Aufschrei, weil die Medien diesen metaphorischen Putsch offenbar goutieren, anstatt ihn zu entlarven und zurückzuweisen.

(Aber selbst wenn der Staat ein mittelständisches Unternehmen wäre, dann wäre es strategischer Selbstmord, bei der eigenen Zukunft zu sparen, beim Wissensfundament, bei der Bildung, beim Rahmen für Erkenntnis, Kreativität und Weisheit. Der Finanzminister hat ein hochproblematisches Verständnis von Demokratie und offenbar auch kein sehr tiefgehendes von einem mittelständischen Unternehmen im globalen Wettbewerb.)

Ein „wettbewerbsfähiger“ Staat muss schlank sein und darf „keine neuen Steuern“ erheben, behauptet die Regierung. Dieses Argument ist nicht nur zutiefst undemokratisch, es ist auch grundfalsch.

Denn die Staaten mit den höchsten Steuer- und Staatsquoten – Schweden, Finnland, Dänemark – fahren am besten:

- Sie haben die niedrigsten Armutsraten;
- die am weitesten gehende Gleichstellung zwischen Frauen und Männern;
- die großzügigsten Entwicklungszusammenarbeit-Etats;
- und die üppigsten Hochschul-Budgets.

Den Ländern mit den höchsten Steuerquoten, mit den umfangreichsten öffentlichen Sektoren und den höchsten Spitzensteuersätzen geht es gut.

In Österreich arbeiten nur wenig mehr als 10% aller Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor; in Skandinavien sind es an die 30%. Das Argument der „Wettbewerbsfähigkeit“ ist nur ein Vorwand, um den öffentlichen Sektor zu schrumpfen und die Reichen steuerlich zu schonen.

In Österreich werden die Reichen systematisch steuerlich entlastet.

Die Vermögenssteuer wurde 1993 abgeschafft.

Das Privatstiftungsrecht 1994 eingeführt.

Die Börsenumsatzsteuer 2000 abgeschafft.

Die Erbschaftssteuer 2008 abgeschafft.

Österreich zählt mit Tschechien und der Slowakei zu den Ländern mit der niedrigsten Vermögensbesteuerung unter allen Industrieländern.

Obwohl die Reichen es sich leisten könnten – spielend:

Die Zahl der Dollarmillionäre ist in Österreich wie folgt entwickelt:

- 2004 wuchsen die HNWI um **5%** auf 63.000.
- 2005 wuchsen die HNWI um **6,9%** auf 67.7000
- 2006 wuchsen die HNWI um **7,2%** auf 72.200
- 2007 wuchsen die HNWI um **7,6%** auf 77.700
- 2008 schrumpften die HNWI gerade einmal um **9,1%** auf 70.100 und lagen damit höher als 2005! Von massiver Vermögensvernichtung bei den Reichen durch die Krise also bisher keine Spur!

Wenn die Vermögen in Österreich (1000 Milliarden Euro) mit nur einem Prozent besteuert würden, würde das 10 Milliarden Euro mehr einbringen – viermal mehr als das Hochschulbudget.

Allein ein Prozent Steuer auf die Netto-Finanzvermögen der privaten Haushalte (270 Milliarden Euro Ende 2008) könnte den Hochschuletat (2,7 Milliarden) verdoppeln.

Es gibt noch weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Staatsfinanzen:

Durch die Auflösung des Bankgeheimnisses könnten Kapitaleinkommen genauso automatisch an das Finanzamt gemeldet werden wie heute schon Löhne und Gehälter – und genauso hoch versteuert werden wie diese, indem alle Einkommen mit einheitlichen Einkommenssteuer belegt würden. Das wäre gerechter als heute und würde die Staatskassen füllen.

Eine Finanztransaktionssteuer würde laut einer Wifo-Studie auf EU-Ebene in einem mittleren Szenario rund 150 Milliarden Euro einspielen. Zum Vergleich: Die EU „kostet“ derzeit 133 Milliarden Euro (EU-Etat). Die Transaktionssteuer könnte die gesamte EU finanzieren.

Und eine letzte Zahl: Die globalen Dollar-Millionäre (HNWI) vermehrten ihren Reichtum zwischen 1996 und 2007 um sage und schreibe 24 Billionen US-Dollar oder 24.000 Milliarden US-Dollar. Laut Internationalem Währungsfonds IWF belaufen sich die Abschreibungen aller Banken weltweit zwischen Mitte 2007 und Ende 2010 auf 4 Billionen US-Dollar – ein Sechstel des Reichtumszuwachses der Dollarmillionäre. Wenn sie ein Sechstel ihres zusätzlichen Reichtums der letzten zehn Jahre abgeben würden, könnten alle Krisenkosten beglichen werden. Die Massen würden keinen Cent mehr Steuern zahlen, die Staaten bräuchten keine Leistung einschränken und keine neuen Schulden machen.

Demokratie

Ziel der Bildung darf nicht Wettbewerbsfähigkeit sein.

Ziel der Bildung muss der freie und kritisch-vernünftige Mensch sein.

Wenn der Vizekanzler Österreich als Unternehmen betrachtet, dann geht die Wettbewerbsfähigkeit vor – allen anderen Zielen.

In einer Demokratie geht aber der Wille des Souveräns vor.

Und nicht die Wettbewerbsfähigkeit. Wenn im der Wettbewerbsfähigkeit mehrheitsfähige politische Bedürfnisse der Bevölkerung regelmäßig von der Unternehmensführung – der Regierung – zurückgewiesen werden, dann ist das das Ende der Demokratie.

Österreich ist schon so undemokratisch wie ein autoritäres Unternehmen.

Die Demokratie ist dann lebendig und glaubwürdig, wenn alle Teilorganisationen so demokratisch wie möglich organisiert sind.

Auch die Unternehmen und Universitäten.

Deshalb muss die Demokratisierung der Universitäten für alle ein Ziel sein, denen die Demokratie wichtig ist. Wer sich als Demokrat oder Demokratin versteht, sollte jene unterstützen, die sich für die Demokratisierung der Universitäten einsetzen.

In der Rede des Vizekanzlers kam das Wort „Demokratie“ geählt null Mal vor - genauso das Wort Freiheit oder Menschenwürde.

Das sagt viel über das Demokratieverständnis der Regierung.

Danke für Euer Demokratieverständnis.